

Pressemitteilung vom 26.10.2013

Die Kommission 146 hat mit Beginn der Umsetzung Artikel 146 aus dem Grundgesetz am Weltfriedenstag, dem 30. August 2009, ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Artikel 146 aus dem Militärgrundgesetz spricht nicht von einer neuen Verfassung, sondern dass das Grundgesetz ungültig wird.

Am 13. September hatte die Kommission 146 in Berlin gegenüber dem Reichstag, außerhalb der Bannmeile, öffentlich für die Manifestation des Weltfriedens ein Signal gesetzt. Der Auftritt wurde von Reichsideologen und anderen Splittergruppen gestört. In den folgenden Tagen konnte die Manifestation immer gezielter ohne Störungen durchgeführt werden.

Die Banner waren mit der Aufschrift *Befreiung vom BRD / EU Faschismus, Staatenlos on Tour* und *Welche Staatsangehörigkeit verleiht die BRD ~~deutsch~~ / ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~* gezeigt worden. Die Kommissionsmitglieder und aufrechte Demokraten haben aus verschiedenen Teilen der Republik die Manifestation ohne Gewalt und ohne Gesichtsmasken durchgeführt.

Diese Aktion wurde nach knapp einer Woche abgebrochen. Der Grund war die Aufspaltung der Manifestation durch eine Person, die der Gruppe von staatenlos.info angehörte. Die Störung war menschlich so negativ, dass die Manifestation zum Schutz der Beteiligten beendet wurde. Die Kommission 146 bedankt sich an dieser Stelle noch einmal an den Berliner Sicherheitskräften, die der Manifestation positiv gegenüberstanden.

Die Kommission 146 distanziert sich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich von staatenlos.info, deren Webinhalt mit dem Ziel der Kommission 146 nicht übereinstimmt. Die Flugblätter von staatenlos.info sind unverständlich und tragen ohne Absprache die Domain von GG146.de. Die Kommission 146 distanziert sich auch von den schlecht dargestellten Inhalten der BRD-Staatlosigkeit.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass „verbrannte“ Wörter wie unmittelbare Reichsangehörigkeit, Deutsches Reich und NS-Ideologien nicht zielführend sind und die Mitglieder der Kommission 146 sich ausdrücklich davon distanzieren.

Der blaue Punkt ist das Zeichen für den Weltfrieden. Dieser Punkt wurde in Berlin durch angebliche Reichsangehörige und die operierenden Kräfte der BRD-Dienste (Steuerung), versucht in die radikale Ecke zu stellen.

Je mehr das Thema Manifestation für den Weltfrieden und die doppelte Staatlosigkeit der BRD / EU in der Öffentlichkeit sachlich dargestellt wird, umso mehr nehmen die Angriffe gegen die Kommission 146 zu.

Am 22. Oktober 2013 wurde ein Mitglied der Kommission hausdurchsucht wegen Volksverhetzung. Aus diesem Grund hat die Rechtsabteilung der Kommission 146 den Entschluss gefasst, bei der Kriminalpolizei Abteilung 3, wegen Volksverhetzung sich anzuzeigen, damit der Tatvorgang Staatlosigkeit geprüft wird. Das Landeskriminalamt in Kiel wurde über diesen Vorgang am 23.10.2013 um 10.30 Uhr informiert.

Das Thema der BRD-Staatlosigkeit wurde am 5. September 2013 beim Strafgerichtshof ICC in Den Haag abgegeben und strafangezeigt. Die Kommission kann das gleichgeschaltete deutsche Volk nicht verhetzen, da am 8. Dezember 2010 der Bundesgesetzgeber den Personalbestand der BRD in die Staatlosigkeit entlassen hat.

Der Status R=StAG (unmittelbare Reichsangehörigkeit wird als deutsche Staatsangehörigkeit erworben) von 1934 ist durch den Statuswechsel gelöscht worden. Die beseitigte unmittelbare Reichsangehörigkeit war die deutsche Staatsangehörigkeit. Seit dem 8. Dezember 2010 ist die deutsche Staatsangehörigkeit in den Staatsangehörigkeits-Urkunden nur noch eine Nicht-Staatsangehörigkeit (Staatlosigkeit) oder Glaubhaftmachung.

Das gleichgeschaltete deutsche Volk aus der NS-Zeit ist komplett durch Staatlosigkeit untergegangen. Aus diesem Grund kann das Volk nicht mehr verhetzt werden. Diese Massenversklavung ist dem ICC in Den Haag strafangezeigt und die Hohe Hand in Moskau durch den Hauptmilitärstaatsanwalt in Kenntnis gesetzt worden.

staatenlos.info hat als Kurier für die Kommission 146 den Auftrag in Moskau nicht erfüllt. Die Aktionen von der Splittergruppe staatenlos.info sind nicht mit der Kommission 146 abgesprochen und daher nutzlos. Die Kommission 146 distanziert sich hiermit ausdrücklich von der Splittergruppe.

Der Zustand der Staatenlosigkeit wird indirekt immer offenkundiger von BRD-Juristen bestätigt. Die BRD besaß die (R=)StAG „deutsche Staatsangehörigkeit“ aus dem III. Reich und hat am 8. Dezember 2010 den Gleichschaltungs-Status von 1934 beseitigt. Damit ist die deutsche Staatsangehörigkeit nur noch eine Glaubhaftmachung für den Geschäftsbetrieb der BRD-GmbH.

Die Massenversklavung ist durch Gesetze und Zeitzeugen aus dem III. Reich wasserdicht nachweisbar. Ein Richter vom Amtsgericht Vechta hat am 06.09.2012 das Verfahren mit der Begründung eingestellt, dass die Staatsangehörigkeit nicht bekannt ist.

Die Prüfung der Staatsangehörigkeit wurde von der BRD-Verwaltung oder den BRD-Gerichten bisher verweigert. Nach dem Europäischen Abkommen über die Staatsangehörigkeit hat jeder Bewohner der Bundesrepublik das Recht auf Prüfung. Zurzeit wird vor dem Verwaltungsgericht in Frankfurt / Oder im Eilverfahren der Sachverhalt geklärt.

Die Kommission 146 besteht aus Demokraten, die für das Ziel „Heimatangehörigkeit“ und Beseitigung der BRD-Staatlosigkeit die Völker Deutschlands aufklären und Verantwortung tragen. Ehemalige Mitglieder haben aus verschiedenen Gründen die Kommission 146 verlassen. Neue Mitglieder beleben das Ziel der Heimat. Die Kommission 146 verkörpert das Grundlegendste für das Zusammenleben in der Gesellschaft: Einheit und Freiheit für die Heimat Deutschland und die Staatsangehörigkeit aus den Bundesstaaten.

Kommission 146 - Adresse Postfach146 D-24205 Preetz.

Nach Besatzungsvorgaben ist die zukünftige Deutschlandangehörigkeit DuStAG der Status und der entgegengesetzte Wille aus dem Grundgesetz Art. 116 Absatz 2 - Umsetzung Artikel 146. Dieses Grundrecht wird durch Unterschriftsbeglaubigung auf der Urkunde 146 dokumentiert und bezeugt den entgegengesetzten Willen der Staatlosen.

Einige BRD-Behörden verweigern rechtswidrig die Beglaubigung der Unterschrift auf der Urkunde 146. Die BRD-Kolonie kann keine Zukunft schaffen und überlagert die Heimat mit Staatlosigkeit.

Die Aufklärungspflicht „Welche Staatsangehörigkeit verleiht die BRD?“ läuft auf vollen Touren. Ein Flugblatt der Kommission 146 und verschiedene Internetpräsentationen – wie

Heimatkunde für Staatslose - Krieg oder Frieden - Heimat Deutschland

geben einen Einblick in das Thema Staatsangehörigkeit. Die Aufklärungspflicht über den Status der Angehörigkeit wurde seit 1914 gegen die Völker Deutschlands verletzt.

Den Zustand der Staatlosigkeit kann man nur verstehen, wenn man die Grundlagen der Staatsangehörigkeit versteht. Diese Grundlagen sind für den Rechtsunkundigen nicht leicht zu erfassen, wenn die Aufklärungspflicht verletzt wird. Der tatsächliche Zustand und die Auswirkungen weichen von den in der Bevölkerung herrschenden Vorstellungen deshalb erheblich ab.

Seeräuber, Barbaren und Staatlose leben im rechtsfreien Raum des Völkerrechts. Jeden Tag werden staatlose Menschen auf der Welt ermordet. Der IStGH in Den Haag und das Völkerrecht bestrafen keine Staatlosen, Seeräuber und Barbaren. Die Kolonie BRD hat mit der EU am 08. Dezember 2010 den Status der doppelten Staatlosigkeit planmäßig erreicht. Die Bewohner der BRD besitzen seit dem Staatsstreich die unmittelbare Unionsbürgerschaft. Dieser Status wurde den Roma in der EU verweigert.

Sie hatten das Ziel der Staatlosigkeit schon erreicht.

Staatlose sind vollkommen rechtlos, ohne Eigentum und die Aufenthaltskolonie kann sie sogar töten. Dieser Zustand ist Alltagsgeschäft wie z.B. im Gaza-Streifen.

Was soll die Urkunde 146 und die Verfassung von 1919 ändern?

Die Heimat-, Recht- und Staatlosen erhalten nur mit der Verfassung 1919 ihre Rechte zurück und machen Deutschland wieder souverän. Die Heimat Deutschland kann dann mit den Siegermächten und Feindstaaten Friedensverträge schließen und den Waffenstillstand II. WK für den Weltfrieden beenden.

Vertragsbrüche durch BRD-Staatlosigkeit.

Die BRD hat durch den Staatsstreich jeden Vertrag zerstört. Der gebrochene Überlagerungsvertrag 2 + 4 hat den Waffenstillstand II. WK wieder scharfgeschaltet und der angekündigte Krieg von J.-C. Junker in 2014 wird zur Realität.

Die Strafgerichtshöfe und die Hohe Hand sind in der Pflicht, den Zustand der Massenverklavung durch Staatlosigkeit in der BRD zu beseitigen. Das Problem kann nur durch Verfügungen von hoher Hand im In- und Ausland (Quelle: BRD-Finanzagentur GmbH und Banken AGBs) gelöst werden.

Die Urkunde 146 setzt zusätzlich ein Signal an die Hohe Hand und zeigt den entgegengesetzten Willen der Staatlosen in der BRD zur Befreiung der Heimat Deutschlands, den Kriegsplan in 2014 zu stoppen und den Weltfrieden herzustellen.

Die Österreicher wurden 1945 von der deutschen Staatsangehörigkeit befreit.

Die staatlosen Deutschen müssen sich selbst befreien ... oder werden vernichtet!